

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1922

7.12.1922 (No. 286)

Expedition: Karlsruher Str. 14. Preis: Nr. 953 und 954. Postamt Karlsruhe Nr. 3515.

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsanzeiger: Chefredakteur C. Amend, Karlsruhe.

Bezugspreis: In Karlsruhe und umher frei ins Haus geliefert für Dezember 500 A. — Einzelnummer 30 A. — Anzeigengebühr: 18 A für 1 mm Höhe und ein Zentimeter Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifierter Abont, der als Kassenschein gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Anträge auf Abont sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruher Str. 14 zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern bearbeitet. Bei Abontverweigerung, zwangsweiser Beitreibung und Kontroversen führt der Abont fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betriebe oder in denen unserer Lieferanten hat der Abonnent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

* Eine Erinnerung.

Der Prozeß gegen die beiden Scheidemann-Attentäter hat mit einem Urteilspruch geendigt, den man wohl als recht und billig bezeichnen darf: Hufstert und Dehlschläger sind zu je 10 Jahren Zuchthaus und je 10 Jahren Ehrverlust verurteilt worden. Wären für die Straftaten die Gesetze zum Schutz der Republik anwendbar gewesen, so wäre die Strafe gewiß noch härter ausgefallen.

Die letzten Monate haben in erfreulicher Weise gezeigt, daß die Staatsautorität nicht mehr mit sich spielen läßt, und daß politische Verbrecher auch dann, wenn sie auf der Rechten stehen, die ihnen gebührende Strafe empfangen. Fischer und Kern haben sich dem ordentlichen Gerichtsverfahren, das selbstverständlich mit dem Todesurteil geendigt hätte, durch Selbstmord entzogen, der Rathenau durch Tod und die Mithelner bei dem Mord sind zu Zuchthausstrafen verurteilt worden, und jetzt hat auch das ruchlose Attentat auf Scheidemann seine Sühne gefunden. Ja, auch Ehrhardt, einer der schlimmsten Rechtsputzschiffen, konnte dieser Tage verhaftet werden, und zwar bezeichnenderweise in jenem Freistaat, der bisher als das Eldorado rechtsradikaler Verbrecher galt. Die Verhaftung Ehrhardts beweist also, daß diese Verbrecher auch in Bayern nicht mehr ganz sicher sind, vorausgesetzt allerdings, daß ein Jurist, der nicht aus Bayern stammt, auf ihre Spur gesetzt wird. Den bayerischen Behörden ist ja die Ergreifung Ehrhardts, obwohl er oft genug in München weilte, bisher nicht gelungen, ebensowenig, wie es ihnen gelungen ist, die Mörder von Gareis festzustellen. Das soll natürlich gar kein Vorwurf sein, sondern ist lediglich die Feststellung einer Tatsache.

Scheidemann hat es für angezeigt gehalten, sich vor dem Staatsgerichtshof in eine längere Auseinandersetzung mit dem Präsidenten und mit Hufstert (darüber einzulassen, welche Rolle er (Scheidemann) bei der Revolution gespielt habe. Vielleicht wird man ein Parteifreund Scheidemanns diese Auseinandersetzung, soweit sie mit Hufstert selbst abgeschlossen wurde, als nicht ganz geschmackvoll empfinden. Im übrigen hat sie auf Hufstert selbst nicht den geringsten Eindruck gemacht. Sie wurde ganz einfach mit dem Satz beantwortet, daß andere Leute über die Rolle Scheidemanns eben anders dächten, und daß diese andere für ihn (Hufstert) maßgebend seien.

Scheidemann hätte es wahrlich nicht nötig gehabt, sich vor einem Subjekt, wie Hufstert, zu rechtfertigen. Denn, daß es überhaupt heute Leute, wie Hufstert, wagen dürfen, ihren Mund sperrangelweit aufzureißen und Attentate zu inszenieren, das ist ja gerade das Verdienst (oder die Schuld, ganz wie man es nehmen will) Scheidemanns und aller der Männer, die damals im November der Revolution in den Arm fielen und sich bemühten, sie in ein ruhigeres Fahrwasser zu lenken.

Es ist nicht ganz unnützlich, wieder einmal daran zu erinnern, daß im November 1918 ganz andere Leute als Scheidemann das Szepter in den Händen hatten, und daß es diesen Leuten unter Umständen gar nicht darauf angekommen wäre, die Revolution nach dem französischen Muster von 1789 aufzugreifen. Herr Ludendorff ist ja nicht umsonst unter dem Namen Lindström und, mit blauer Brille bedaffnet, nach Schweden geflohen. Wären damals die Mehrheitssozialdemokraten und mit ihnen das Zentrum und die Fortschrittler nicht auf den Plan getreten, hätten sie nicht in langwierigen Kämpfen die Führung an sich gebracht, so würde wohl manch einer von den rechtsradikalen Herrschern, der sich jetzt sehr wohl fühlt und dieses Wohlbefinden durch wilde Schreien gegen die Männer des neuen Staates bekundet, heute stumm sein. Der Rechtsradikalismus hat also wahrlich keine Veranlassung, auf Herrn Scheidemann zu schimpfen.

Und auch später, als Scheidemann Ministerpräsident war, hat er wahrlich den Vorwurf nicht auf sich geladen, daß er nun den Rechtsradikalismus besonders scharf angepackt hätte. Gewiß, es standen in jenen Tagen andere Sorgen im Vordergrund. Aber es ist doch nicht zu bestreiten, daß gerade in jener Zeit, als Scheidemann Ministerpräsident war, der Rechtsradikalismus wieder emporkam und sich wieder sammeln konnte.

So, wie wir es hier an Hand der Tatsachen schildern, werden die Dinge von Hufstert und seinen Gefolgsge-

nossen natürlich nicht betrachtet. Sie mühten sich ja auch ihres Tuns schämen, wenn sie innerlich zugeben würden, daß eigentlich Scheidemann es gewesen ist, der — natürlich ohne solches zu wollen — ihre Existenz gerettet hat. Erbarmen werden diese Leute mit Scheidemann jedenfalls nicht haben. Und vielleicht wird unter den rechtsradikalen Führern manch einer sein, der Scheidemann gerade deshalb den Tod wünscht, weil dieser sozialdemokratische Politiker ihn im November 1918 vor Angst zittern und bebend gesehen hat.

Die Auslegungen des Staatsgerichtshofes.

Folgende nicht uninteressanten Ausführungen über eine Denkschrift, welche die Reichspräsidenten des Staatsgerichtshofes zum Schutze der Republik zum Gegenstand hat, finden sich in Nr. 226 der „Mannheimer Volksstimme“. Es heißt dort: „Die Reichspräsidenten des Staatsgerichtshofes zum Schutze der Republik ist Gegenstand einer Denkschrift, die das Reichsministerium des Innern dem Reichstag vorlegen wird. Die Denkschrift zeigt, daß der Staatsgerichtshof die Gesetze zum Schutze der Republik in einer Weise auslegt, die bei den Republikanern sicher nicht den Eindruck hervorruft, daß der Schutze der Republik beim Staatsgerichtshof in besten Händen liegt.“

Am 19. September entschied der Staatsgerichtshof, daß eine Verherrlichung oder Billigung des Mordes an Dr. Rathenau nicht gefunden ist in den Worten: „... ein Wort des Bedauerns wird man nicht dafür empfinden, daß das Wirken Rathenaus ein Ende genommen hat ... der Jude Dr. Rathenau war ein Schädling“. In diesen Sätzen soll nur der Meinung Ausdruck gegeben sein, daß die (wie immer geheißen) Verurteilung des Mordes an Rathenau nicht beaueret werden könne. Da das Wirken Rathenaus durch einen Mord beendet worden ist, wird jedermann in diesen Sätzen zum mindesten eine Billigung des Verbrechens und in der Behauptung, er sei ein „Schädling“, eine Beleidigung des toten Ministers sehen müssen.

Der Begriff der Beschimpfung liegt, so heißt es weiter, nur dann vor, wenn ... durch die Äußerung die Verachtung dessen, was Achtung erfordert, in besonders verletzender oder roher Form ... zum Ausdruck gebracht wird. Bei der Beurteilung von ... in höflicher und gehässiger Form gehaltenen Betrachtungen über die einseitige Anwendung des Schutzes gegen rechts“ dürfte nicht außer acht gelassen werden, daß die Regierung „gelegentliche Fehlschlüsse“ bei den Verboten rechtsgerichteter Zeitungen, Vereine und Veranstaltungen beging. In solchen Zeiten politischer Erregung darf kein so strenger Maßstab an die Form der öffentlichen Kundgebungen gelegt und kann von der Tagespresse nicht erwartet und verlangt werden, daß sie die abgeklärte Haltung eines über den Parteien stehenden Beurteilers bewahrt. Diese Auffassung wird man sich merken müssen, wenn die gegen linksstehende Zeitungen schwebenden Anklagen wegen Beleidigungen, Aufreizungen usw., die in der Erregung über den Rathenau-Mord begangen wurden, zur Verhandlung gelangen.

Eine Beschimpfung der Reichsregierung liegt nach der Rechtsprechung des Staatsgerichtshofes auch nicht in der Behauptung, die Regierung trage die Verantwortung für die zahlreichen Gewalttaten gegen rechtsstehende Kreise. Diese Äußerung könne man „nur in dem Sinne einer Feststellung der objektiven Folgen ihrer Haltung“, nicht aber als eine Beschimpfung der Regierung ansehen. Eine Beschimpfung des Reichsministers kann nach dem Staatsgerichtshof nur auf Grund der Schutzesprüche bestraft werden, wenn in dieser Beschimpfung zugleich eine Herabsetzung der republikanischen Staatsform liegt. Man kann entgegen dieser Auffassung sehr wohl der Meinung sein, daß eine Beschimpfung des höchsten Staatsbeamten, insbesondere in Anbetracht der ungeheuerlichen Rede der Reichsparteien gegen Dr. Wirth, auch zugleich eine Beschimpfung und Herabsetzung der von ihm repräsentierten Staatsform ist, die tatsächlich in den meisten Fällen auch beabsichtigt war.

Hugo Preuß, der Vater der Weimarer Verfassung, sprach in seinen „Berg-Briefen“ von der falschen und stets erfolglosen Taktik, die einer verantwortungslosen Demagogie durch Ausweichen, halbes Nachgeben, Rücksichtnehmen, Schonung von Gefühlen die Spitze abbiegen möchte. Er fordert, daß den rücksichtslosen Angriffen der Feinde der Republik mit einer dreifachen Rücksichtslosigkeit der Abwehr“ geantwortet wird. „Die Majestät der Republik bedarf auch der Ruten und — der Peitsche; sie darf ihrer nicht spotten lassen!“ Wann endlich wird sich die Deutsche Republik eine Justiz schaffen, die entschlossen ist, nach diesen Grundsätzen die „Majestät der Republik“ gegen alle ihre Feinde zu schützen?

Der Missbrauch mit deutscher Kohle.

Von Dr. jur. et phil. Klaus Scholl (Essen). Als die Alliierten das Versailler Diktat verfaßten, gingen sie bei den Beratungen über die Kohlenfrage von dem Gedanken aus, daß der Kohlenverbrauch Frankreichs 1913 etwa 90 Millionen Tonnen betragen habe. Sie machten einen Vorschlag, nach dem die Bedürfnisse Frankreichs infolge des Krieges wegen der ihm zugefallenen höchsten Vorkommen um 15

Millionen Tonnen gestiegen seien, und suchten durch Berechnung festzustellen, daß die Zerstörung der Bergwerke des französischen Nordens einen Fehlbetrag von 25 Millionen Tonnen zur Folge haben werde. Dieser Ausfall sollte durch die Erzeugnisse der Bergwerke des Saargebietes und durch Lieferungen aus den deutschen Bergwerken bis zu einem Höchstbetrage von 27 Millionen Tonnen im Jahre ausgeglichen werden. Mit diesen Zahlen operierten die Urheber des Versailler Vertrags, als sie das mörderische Instrument der Vergewaltigung ausheckten.

Welches ist nun die Sprache der nüchternen Wirklichkeit gegenüber diesen theoretischen Aufstellungen? Nach Ausweis des vom französischen Staat herausgegebenen Statistik belief sich im Jahre 1921 der gesamte Kohlenverbrauch auf 48,6 Millionen Tonnen. Das heißt mit anderen Worten, daß anstatt des angeblichen Mehrverbrauchs um 25 Proz. gegenüber der Vorkriegszeit ein Rückgang um 20 Proz. eingetreten ist. Gleichwohl hat Deutschland auch nach der Befreiung Oberschlesiens an Frankreich monatlich 1,725 Millionen Tonnen Kohlen abzugeben. Nach dem Versailler Diktat soll, wie bemerkt, die Saarlohe dazu dienen, den Fehlbetrag der französischen Erzeugung auszugleichen. Nun belastet man, um den etwaigen Wettbewerb der Saarlohe mit der französischen von vornherein unmöglich zu machen, jene mit einer zehnprozentigen Steuer, wogegen auf die in Frankreich gewonnene Kohle nur eine zweiprozentige gelegt wird. Damit nicht zufrieden, hat die französische Regierung die Tarife der elsass-lothringischen Eisenbahnen derart erhöht, daß die Saarlohe um 12—13 Franken pro Tonne teurer zu stehen kommt als die französische. Die Folge dieser Maßnahmen ist, daß von den 7,684 Millionen Tonnen, die im Vorjahre im Saargebiet gefördert wurden, nur 3,448 Millionen in Frankreich verbraucht wurden.

Ferner lieferte Deutschland i. J. 1921 an Frankreich 8,1 Millionen Tonnen Koks und 5,8 Millionen Tonnen Kohle. In derselben Zeit führte Frankreich 2,3 Millionen Tonnen aus seinen eigenen Grenzen und 4,2 Millionen Tonnen Saarlohe aus. Diese Zahlen erhellen schon lebhaft die Tatsache, daß Frankreich in Wirklichkeit die Ruhrkohle nicht braucht. Dazu kommt noch, daß die von Deutschland an Frankreich gelieferte Kohle auf das Konto der Entschädigungen zum Preis von 51,70 Franken die Tonne eingeschrieben wird, aber das Comité des Houillères, die französische Kohlenvertriebsstelle, verkauft sie 40—50 Franken teurer. Der französische Tageschriftsteller Franz Delaunay teilt im Progrès civique mit, daß Deutschland seit dem Waffenstillstand 28,75 Millionen Tonnen Kohle abgegeben habe, die zu einem Durchschnittspreis von 91,20 Franken die Tonne verkauft wurden. Der Unterschied zwischen dem gebuchten und wirklich erhaltenen Preis beträgt demnach zugunsten Deutschlands 1900 Millionen Franken.

Mit dieser Summe hätte man eine ganz bedeutende Anzahl Häuser, Straßen und Wälder wiederherstellen und eine beachtenswerte Reihe Fabriken in Betrieb setzen können. Wozu verwendet nun die französische Regierung dies Geld? Ein Teil dieser Summen dient zur Unterstützung der Großindustrie, dieser Gruppe von Kapitalisten, nach deren Pfeife die französische Regierung tanzt; ein anderer Teil fließt der einflussreichen Presse zu und den nicht unbedeutenden Welt werden die Taschen zahlreicher Parlamentsmitglieder abhorben, die bei jeder nur möglichen Veranlassung der Unantastbarkeit des Versailler Vertrags und der Dringlichkeit der deutschen Reparationsleistungen ihre rednerischen Ergüsse widmen. Die Geschäfte, die Frankreich mit der deutschen Kohle macht, sind derart ergiebig, daß Frankreich sich den Luxus gestatten zu können glaubt, den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete auf die lange Bank zu schieben und die Förderung in verschiedenen Stollen der unterjochten Bergwerke vorübergehend ruhen zu lassen.

Inzwischen wird die Erzeugung wirtschaftlicher Güter in Deutschland aus Mangel an Brennmaterial gefährdet, und um den Eisenbahnbetrieb aufrecht erhalten zu können, muß die Regierung englische Kohle einführen. Wie dieser Umstand das an sich schon so schwer belastete deutsche Wirtschaftsleben weiter niederdrückt, mögen die Zahlen über die Einfuhr englischer Kohle vom September dieses Jahres illustrieren. Im genannten Monat lief unsere Regierung 1 000 500 Tonnen Kohlen aus England einzuführen und mußte für sie einschließlich der Fracht auf englischen Schiffen 8749 Millionen Papiermark bezahlen, das Pfund Sterling zu 6500 Mark gerechnet.

Politische Neuigkeiten.

Die Konferenz in London und Brüssel.

Am Freitag abend um 7,30 Uhr werden Poincaré und die franz. Delegation in London erwartet. Der franz. Ministerpräsident wird sich sofort nach dem Claridge Hotel begeben, wo man ihm die sogenannten königlichen Gemächer reserviert hat, die er bereits im verflohenen August inne hatte. Die belgische Delegation, bestehend aus Thennis, Jaspar, Vemelman und Fürst, wird ebenfalls am Freitag abend eintreffen und im Hotel Ritz absteigen. Mussolinis Ankunft ist vom italienischen Vizekonsul bestätigt worden. Er wird begleitet von dem Vertreter in der Reparationskommission, d'Amelio, dem Schatzminister Grafen Rossi und Giannini. Engländerseits werden Bonar Law und der Schatzkanzler Baldwin mit Unterstützung zahlreicher Sachverständiger aus dem Schatzamt an den Verhandlungen teilnehmen.

Einsichtlich der Möglichkeiten und der Aussichten der Konferenz von Brüssel dröhlet der Londoner Berichterstatter des Petit Parisien: Es ist wenig wahrscheinlich, daß die Brüsseler Konferenz am 15. Dezember beginnen kann. Man nimmt allgemein an, daß ihre Eröffnung auf Montag, den 18. Dezember verschoben wird. Man weiß andererseits, daß bereits früher beschlossene werden ist, Einladungen an Mächte zu senden, die entweder Forderungen auf Grund der Reparationen haben

aber an der Kriegsschuldfrage interessiert sind. Es ist infolgedessen anzunehmen, daß Rumänien, Südslowenien, Griechenland und Portugal eingeladen werden, sich auf der Brüsseler Konferenz vertreten zu lassen. Anspielend auf die Meinungsverschiedenheiten der Alliierten über das Programm der Londoner Tagung meint der gleiche Korrespondent, daß es von der Bedeutung, die diese Prüfung des Programms nehme, abhängt, ob die Beratungen in 24 Stunden zu Ende sind oder noch recht weit in die kommende Woche hineindauern werden.

Herr Poincaré scheint sich durch die Warnungen aus Brüssel und London nicht von seinem Entschluß abbringen lassen zu wollen, die Diskussion in London auf die Frage des Moratoriums und seiner Bedingungen, mit anderen Worten: auf das französische Sanktions- und Pfänderprogramm, zu beschränken, die Regelung des Reparationsproblems selbst aber der Konferenz von Brüssel vorzubehalten. Herr Poincaré mag bisher geglaubt haben, er könne in London abseits der Fragen der interalliierten Schulden, der Reduktion der deutschen Verpflichtungen und der internationalen Anleihe, die Ziele der französischen Annexionspolitik leichter durchsetzen. Er kann heute angefaßt des englischen Widerspruchs und der Brüsseler offiziellen Erklärung, die belgische Regierung werde die Konferenz nicht einberufen, wenn in London kein grundsätzliches Einverständnis über alle Fragen erzielt werde, dieser Meinung ebenfalls nicht mehr sein. Wenn er trotzdem an seiner ursprünglichen Ansicht festhält, so läßt das fast den Schluß zu, daß es ihm garnicht unlieb wäre, wenn es zu seiner Einigung käme und die französische Regierung auf diese Weise einen außerlichen Vorwand für die von langer Hand angekündigte und vorbereitete Sonderaktion erhielte.

Gestern nachmittag hat unter dem Vorsitz des Präsidenten Millerand ein Kriegsrat getagt.

Poincaré hat den Marschall Foch und den Senator Viviani empfangen.

Nach dem Pariser Berichterstatter der „Times“ enthalten die französischen Vorschläge für die Brüsseler Konferenz folgende Punkte: Kein Moratorium für Deutschland ohne besondere Pfänder wie Bergwerke, Wälder usw., Abschaffung der deutschen Entschädigung parallel mit der Abschaffung der internationalen Schulden, Revision des Prozentsatzes der Alliierten an den deutschen Zahlungen, Frankreich habe Anspruch auf mehr als 52 Prozent, so daß England auf einen Teil seiner Reparationsansprüche verzichten müsse. Jeder vorsätzliche Versuch Deutschlands, sich den Zahlungen und den finanziellen Reformen zu entziehen, müsse Sanktionen nach sich ziehen, wie zeitliche und zeitliche Ausdehnung der Besatzung, die Errichtung einer Zollsperre am das Ruhrgebiet, sowie allgemeine wirtschaftliche und administrative Organisationen des Rheinlandes.

Die Konferenz von Lausanne.

In der gestrigen Sitzung der Meerengenkommission trug Lord Curzon den amerikanischen Vermittlungsvorschlag vor, der in dem Text der alliierten Vorschläge aufgenommen ist. Der Vorschlag umfaßt das frühere englische Programm mit einer starken Konzeption an die Türken, denen eine einflussreiche Stellung in der internationalen Kommission durch Übertragung des Vorstands eingeräumt wird.

Der Plan der Entmilitarisierung der Meerengen wird aufrechterhalten. Aus dem Verlauf der Sitzung ergab sich ferner klar, daß die Türken mit diesem Vorschlag einverstanden sind.

Nach Lausanner Meldungen der Pariser Blätter, soll in der Meerengenfrage eine grundsätzliche Verständigung zwischen den alliierten Hauptmächten erzielt worden sein. Frankreich und Italien haben sich der englischen Forderung nach völliger Freiheit der Meerengen angeschlossen. Die drei alliierten Hauptmächte werden unter allen Umständen an dem Recht der freien Durchfahrt auch für Kriegsschiffe festhalten. Dagegen seien sie bereit, der Türkei gewisse Sicherheiten gegen einen Angriff ihres Gebietes durch fremde Flotten zu sichern. Nach dem „Matin“ soll in dem alliierten Vorschlag die Anregung enthalten sein, die Türkei solle ihre Hauptstadt von Konstantinopel nach irgend einem anderen Orte Afiens verlegen, da die geographische Lage Konstantinopels unmittelbar an einer der wichtigsten Handels- und strategischen Meeresstraßen für die Hauptstadt gewisse Gefahren bringe, die nicht abzuwenden seien.

Nitti an Clemenceau.

Der ehemalige italienische Ministerpräsident Nitti richtet im „Berliner Tageblatt“ einen offenen Brief an Clemenceau anlässlich dessen Werbereise in Amerika. Nitti schreibt u. a.: Ich war immer ein überzeugter Freund des demokratischen Frankreich und Gegner des deutschen Imperialismus. Wenn ich heute häufig mit den Richtlinien der französischen Politik in Widerspruch stehe, so deshalb, weil Frankreich das Programm der Demokratie aufgegeben hat, das seine Stärke war, und das es in dem unglückseligen Jahr 1914 die Hilfe von allen Demokratien der Welt vermittelte. Sie selbst haben in

der französischen Kammer gesagt, daß die Friedensverträge ein Mittel seien, den Krieg fortzusetzen. Ihr Gebanke entspricht der Wirklichkeit. Denn die Friedensverträge haben keine andere Bedeutung gehabt, als Europa in einem Kriegszustand zu erhalten, der täglich die Quellen des Lebens immer mehr vergiftet. Der Vertrag von Versailles und die darauf folgenden Verträge sind die absurdeste Verneinung jener Grundsätze, die Briand am 10. Januar 1917 im Namen aller verbündeten Völker als die Grundsätze der Entente darlegte, und die ein Jahr später Präsident Wilson als die Grundsätze des Friedens in 14 Punkten formuliert hat. Nie hat die rohe Gewalt sich so breit gemacht wie heute. Wie im Krieg steht noch ein Okkupationsheer am Rhein unter dem Vorwand, die Zahlung einer Entschädigung zu verbürgen, die niemals gezahlt wird. Um die Zahlung dieser widerwärtigen Entschädigung zu erzielen, steht am Rhein ein Heer von Regern, Kranken und gelben untergeordneten Massen — ein Okkupationsheer, das in den letzten Jahren mehr gekostet hat, als vor dem Krieges Deutschland ganzes Heer und seine ganze Flotte. Sie wissen, welche Gewalttaten begangen worden sind. Der Vertrag von Versailles hatte nicht den Zweck, das neue Deutschland zu entmilitarisieren und Deutschland in ein demokratisches Land zu verwandeln. Sein wahrer Zweck war vielmehr, die deutsche Politik zu erstickeln. Wenn Amerika Kredit gewährt, muß es dann nicht fürchten, daß sie nur dazu dienen, neue Heere, neue Gewalttaten und neue Willkür ins Leben zu rufen. Nitti schließt mit der Mahnung, eine derartige Politik, die zum Ruin ganz Europas führen müsse, nicht weiter zu führen.

Deutscher Reichstag.

Die schwach besuchte Mittwochssitzung des Reichstages galt in der Hauptsache der Erledigung einiger Nachtragssetzungen. Die sozialdemokratische Feuerungsinterpellation wird von der Regierung in den nächsten Tagen beantwortet werden. In den nicht sehr ausgedehnten Etatsberatungen war von besonderem Interesse, was Reichsarbeitsminister Dr. Brauns zu dem Gesetzentwurf über die Änderung der Vorschriften für die Beschäftigung Schwerbeschädigter ausführte.

Dieser Entwurf arbeitet die Verpflichtung des Arbeitgebers zur Beschäftigung Schwerbeschädigter heraus und bringt neue Bestimmungen über die Behandlung Schwerbeschädigter bei Streiks und Aussperrungen, wo der Arbeitgeber grundsätzlich verpflichtet sein soll, Schwerbeschädigte wieder einzustellen, wenn er nicht gewichtige Gründe dagegen geltend machen kann. Der Arbeitsminister gab einen Überblick über die Ziffern der Schwerbeschädigten und den Umfang ihrer Beschäftigung.

Danach gibt es in Deutschland gegenwärtig 250 000 Schwerbeschädigte, weiter 100 000 Schwerunfallbeschädigte. Von diesen sind zurzeit nur etwa 17 000 ohne Arbeit, von denen wiederum 8000 arbeitsunfähig sind. Für die übrigen wäre Arbeitsgelegenheit reichlich vorhanden, denn es stehen etwa 2 000 Arbeitsplätze frei, doch machen die Schwierigkeiten des Umzugs und noch mehr der Wohnungsmangel hier einen Ausgleich unmöglich.

Der Minister wies dann noch darauf hin, daß die anfänglich laut gewordenen Bedenken der Wirtschaft heute nicht mehr in so weitgehendem Umfang bestünden, da Zwangseinstellungen nur im Notfall vorgenommen würden und die Tätigkeit der Hauptkraftstellen in Verbindung mit der Berufsberatung sich gut bewähre.

Nach Überweisung dieses Gesetzentwurfes an den sozialpolitischen Ausschuss wurden die Nachtragssetzungen der Abteilung für Wasserstraßen, für Luft- und Kraftfahrwesen und für die Verwaltung der Reichsbahn nach unwesentlichen, wenn auch durch kommunisistische Dauerredner sehr ausgedehnter Debatte genehmigt, das Wahlfest dem Ausschuss zur Durchberatung überwiesen und die nächste Sitzung auf heute 2 Uhr anberaumt.

Eine Interpellation der Sozialdemokraten.

Die gewaltigen Preissteigerungen der letzten Wochen und die bedrohlichen Nachrichten über den Stand unserer Brotverforgung haben die sozialdemokratische Reichstagsfraktion veranlaßt, folgende Interpellation einzubringen:

Die fortgesetzte Steigerung der Preise aller Lebensmittel, die allein im Monat November wesentlich über 100 Prozent betrug, stellt die stärkste Bedrohung der Gesundheit und des Lebens der Bevölkerung dar, schmäht ihre Arbeitsfähigkeit und Arbeitsleistung und droht die Wirtschaftskatastrophe Deutschlands zu verschärfen.

Die durch diesen Zustand hervorgerufene Beunruhigung und Erregung der Bevölkerung wird gesteigert durch die bedrohlichen Nachrichten über den Stand der Brotverforgung. Nach amtlichen Mitteilungen ist die Vorkieferung der Brotgetreidemenge äußerst gering. Während im vorigen Jahre bereits am 30. November rund 1 376 000 Tonnen abgeliefert wurden, sind es in diesem Jahre bis zum 30. November 610 000 Tonnen, also noch nicht die Hälfte. Da außerdem die Käufe von Auslandsgetreide infolge des niedrigen und sich ständig verschlechternden Marktpreises fast unmöglich sind, erscheint die öffent-

liche Brotverforgung, die Grundlage unserer Volksernährung, bis zum Ablauf des Erntejahres auf das höchste gefährdet.

Unter den sonstigen Preissteigerungen ist die unausgesetzte Steigerung der Milchpreise die höchste Gefahr, besonders für Kinder, Kranke und Greise. Die im Mai 1921 erfolgte Aufhebung der behördlichen Wirtschaft für Milch hat die Milchpreise in völlige Abhängigkeit vom Butterpreis gebracht und deren unausgesetzte Steigerung hervorgerufen. Verschärft wurde diese Entwicklung durch die sich gerade hierbei im stärksten Maße unsozial auswirkende Umsatzsteuer. Auch die jetzt erfolgte Erhöhung des Butterpreises auf etwa 180 M., das Pfund im Kleinhandel ist eine unerträgliche Belastung. Wir fragen deshalb:

1. Welche Maßnahmen gedenkt die Reichsregierung zur Sicherstellung der Volksernährung zu treffen und was gedenkt die Reichsregierung gegen die Zurückhaltung des Brotgetreides zu tun?
2. Welche Maßnahmen will die Reichsregierung gegen die ungeheure Preissteigerung bei Milch, Butter und sonstigen Nahrungsmitteln veranlassen?
3. Ist die Reichsregierung bereit, die Umsatzsteuer, welche die Preise stark erhöht, bei solchen Lebensmitteln aufzuheben, die der öffentlichen Bewirtschaftung unterliegen?

Das Urteil im Scheidemann-Prozess.

Der Staatsgerichtshof zum Schutz der Republik fällt gestern mittag das Urteil gegen den Angeklagten Gustav Dohlschläger. Es lautet gegen den Kaufmann Hans Dohlschläger auf zehn Jahre Zuchthaus und zehn Jahre Ehrverlust wegen versuchten Mordes, gegen den Landwirt Karl Dohlschläger auf zehn Jahre einen Monat Zuchthaus und zehn Jahre Ehrverlust wegen versuchten Mordes und unbefugten Waffenbesitzes.

In der Urteilsbegründung wird ausgeführt, daß die Angeklagten schon vor geraumer Zeit den Entschluß gefaßt hatten, Scheidemann zu beseitigen und ihn für seine früheren politischen Tätigkeit zu bestrafen, also aus Rache, nicht um ihn an der ferneren Ausübung seiner politischen Tätigkeit zu verhindern. Dieser wohlüberlegte feste Entschluß, an einer gemeinsam von ihnen zu begehenen Tat teilzunehmen, in deren „Ruhm“ sie sich dann teilen sollten, ist darauf auch zur Ausführung gebracht worden, allerdings nicht mit dem erzielten Erfolg, weil durch einen Zufall das verbotene Ergebnis der Tat verhindert worden ist. Es ist möglich, daß die Angeklagten sich erst andere Waffen verschaffen wollten, daß sie weitere Weisungen ihrer Führer oder weitere Unterfertigung abwarteten. Es ist aber auch möglich, daß noch andere Personen als Teilnehmer in Betracht kommen. Es ist ein Gift verwendet worden, von dessen Beschaffenheit es nicht zweifelhaft war, daß es zur Tötung des ausgeführten Opfers genügt, und von dem man wußte, daß es auch am Tage der Tat noch vollständig wirksam war. Völlig gleichgültig ist es, ob der eine oder andere der Angeklagten vor der Tat vielleicht vorübergehend wankelmütig geworden ist; denn es ist durch die Verhandlung festgestellt worden, daß die beiden Angeklagten an dem Tage, an dem sie den Anschlag verübten, durchaus entschlossen waren, ihn auszuführen. Wenn die Angeklagten sagen, daß der Gummiball von ihnen durch Verbenutzung aus der Welt geschafft werden sollte, um damit die Tat endgültig zu begabten, so ist das eine von ihnen im letzten Moment vorgebrachte Ausrede. Sie ist dadurch widerlegt, daß man einen derartigen Giftball nicht an einen Ort schleppt, wo man der Überwachung durch Menschen ausgesetzt ist.

Die Auffassung der Verteidigung, daß bei Dohlschläger Überlegung ausgeübt sei, da er von Dohlschläger, der zuerst für die Ausführung des Attentats bestimmt war, erst durch den Zuruf: „Da, geh hin, mach Du's!“ aufgefordert wurde, in Aktion zu treten, ist nicht zutreffend. Denn die Beweisnahme hat ergeben, daß Dohlschläger schon mehrere Tage vorher in die gleiche Lage verwickelt worden war, indem ihm die ausführende Rolle zufallen sollte. Wie unsichtig Dohlschläger handelte, ergibt sich daraus, daß er ohne jede Aufregung vorging, mit der vorbereiteten Waffe den Oberbüchsenmeister nach einer Weile verfolgte und die Schippe gerade gegen den Körper richtete, durch die das Gift in die inneren Organe gelangen konnte. Dann hat er genau den Rücken angetreten, den er sich vorgenommen hatte. Auch bei Dohlschläger kann nicht angenommen werden, daß er gegen die Ausführung war, weil er sie selbst nicht übernahm. Er wollte das Verbrechen damit nicht verhindern, sondern wünschte nur, daß der andere es vollzog. Die Angeklagten sind daher beide des versuchten Mordes schuldig.

Völlig des Strafmaßes ist zu berücksichtigen, daß bei den Angeklagten keine Spur von Einsicht zu beobachten gewesen ist. Sie verbarren in einer Stimmung des Ungehorsams und des Widerstandes, die sie mitgebracht haben aus einem Milieu, dem sie bisher angehört und das sie bestimmte, rückwärtslos das zu befehlen, was ihnen politisch falsch erschien. Ob mit Recht oder Unrecht, das interessiert hier weiter nicht; denn der Gerichtshof ist nicht dazu da, die politische Tätigkeit Scheidemanns in Schutz zu nehmen, sondern dazu, den Mordversuch an ihm psychologisch zu erklären. Ob die Angeklagten von einer dritten Person angegriffen worden sind, kann dahingestellt bleiben. Es kann aber nicht verkannt werden, daß höchstwah-

Buchkritik.

Neue Dreiangelbrude

Das deutsche Volk ist bezarmt und geknechtet, es kämpft um sein physisches und seelisches Dasein. Aber noch ist seine Seele nicht gebrochen, und der Geist seiner besten Köpfe wandelt auf denselben Höhen, wie einst. Künstlerisch, literarisch und wissenschaftlich erleben wir auch heute dieselben großen Leistungen, wie früher. Und Deutschland wird erst dann nicht mehr sein, wenn auch sein Geist niedergeboren im Staube liegt. Darum gilt es hier vor allem den Kampf aufzunehmen. Ginge es nach dem Willen Frankreichs, dann gäbe es bei uns keine geistige Produktion mehr, die uns erfreut und erhebt und so eingermachten mit der materiellen Misere ausföhnt. Ginge es nach dem Willen Frankreichs, dann gäbe es bei uns nur harte Frohn und stumpfe Verzweiflung. Daß ein solcher Zustand schließlich in Anarchie und Volksemissen ausarten würde, scheint man drüben nicht einzusehen. Oder wünscht man vielleicht diese Entwicklung gerade?

Einwillen werden wir jedenfalls nicht aufhören, uns zu wehren, und uns mit aller Inbrunst an den Genius des deutschen Volkes wenden, wo er am vernünftigsten zu uns spricht. Und das ist das Reich des Geistes und der Kunst. Und wenn die Not noch so groß ist, werden wir die Liebe zur Kunst, zur Literatur, zur Kunst und zum schönen Buch pflegen und stolz darauf sein, wenn auch unter dem Diktat des Versailleser Friedens der Strom geistiger Anregung nicht verfließt. Gleichzeitig aber werden wir uns verpflichtet fühlen müssen, das wirklich Bedeutende noch mehr als bisher, zu achten und zu würdigen. Gelingt es z. B. einem Verlag seine Produktion auf der alten Höhe zu halten und die Öffentlichkeit mit immer neuen Gaben erlebender Art zu überraschen, so hat das lauffähigste Publikum auch die Verpflichtung, diese Werke zu erwerben. Es rettet damit ein Stück bester deutscher Kultur!

Ein solcher Verlag ist der von Hans von Weber in München (Verlag des „Zweibellfischs“). Und seine vorzügliche Ruhmestat sind und bleiben die Dreiangelbrude. Sie

bieten Schätze der deutschen Literatur in einer bis heute nicht übertroffenen Ausstattung dem Publikum dar. Für reich gewordenen Managen ist diese Ausstattung allerdings nichts. Dazu ist sie zu edel, zu edel, zu vornehm. Und wenn solche Managen die Drucke dennoch kaufen, dann tun sie es, weil sie eben von jedem wirklichen Kenner hören; daß jene Drucke in keiner Bibliothek eines Anspruchsvollen fehlen dürfen. Diese Drucke haben in der Tat nichts Snobistisches an sich. Sie sind ehrliche Arbeit und durch und gerade deshalb Hochleistungen ihrer s. Dops. Druck und Schrift, Papier und Einband: alles steht in einem harmonischen Verhältnis zueinander. Ein einheitlicher Plan liegt jeder Schöpfung zugrunde. Aber auch die Zeichnungen und Bilder, die die einzelnen Drucke schmücken, ordnen sich jener Harmonie unter.

Bemerkenswert sind die neuesten Dreiangelbrude, die uns zur Besprechung vorliegen: Wilhelm Hauffs „Remoiten des Satan“ (2 Bände) und Justus Kerner's „Reisefahrten“. Das erstere Buch, das zu den gelesesten Schöpfungen des genialen schwäbischen Dichters gehört, war bis dato in einer schönen Ausgabe überhanpt nicht zu haben. Hier ist sie! Und wer sie sein eigen nennt (vielleicht unterm Weihnachtsbaum und wer sie sich nicht mehr von ihr trennen können. G. K. niger hat die Ausgabe mit Zeichnungen geschmückt, die in ihrer Lebendigkeit und doch so passenden Eigenart vortrefflich zum Inhalt passen. — Kerner's „Reisefahrten“ ist weniger bekannt, obwohl das Buch wahrlich gelesen zu werden verdient. Allerdings gehört Liebe und Verständnis zur Lektüre solcher Bücher. Bringt man ihnen diese Liebe entgegen, dann fühlt man sich aber auch doppelt und dreifach belohnt. Heinrich Mey hat das Buch mit ganz famos hingeworfenen Zeichnungen versehen.

Der Propyläen-Verlag

In Berlin hat auch im verflochtenen Jahre die Öffentlichkeit wieder mit Feuererscheinungen beschenkt, die das hohe Lob, das wir dem Verlag vor einem Jahre an dieser Stelle schenken, aufs feste rechtfertigen. In schönem Format, einwandfreiem Druck und Papier und maßreguliertem Einband

werden uns hier Klassiker der Weltliteratur dargeboten. Der Anblick dieser in ihrer Art einzig dastehenden Bücher mit ihren schlanken Formen und herrlichen schönen Einbänden ist immer wieder ein erlebender ästhetischer Genuß. Aber auch literarisch genügen die Ausgaben den höchsten Ansprüchen. Da ist z. B. Flaubert. Der ihn für den Propyläen-Verlag überließ, E. W. Fischer, ist der beste Kenner dieses großen französischen Prosafüßlers. Der Barb „Jules und Henry“ oder „Die Schule des Herzens“ zeugt von dieser Kennerschaft. Mit feinsten Sinnen hat sich Fischer in die Sprache Flauberts eingelebt und ihr so allen Jauern entlockt, den sich überhaupt ein Buch bei der Übersetzung in eine andere Sprache entlocken läßt. — Gleichfalls rühmenswert ist die Stendhal-Ausgabe, die Friedrich von Oppeln, Drobizowski überließ. Stendhals Buch „Über die Liebe“ zeigt uns auch dieses Übersetzers Fähigkeiten im besten Licht. — Ganz besonderes Lob verdient die Molière-Ausgabe, die jetzt abgeschlossen vorliegt (in 6 Bänden). Überseht wurde sie von Eugen Kereschmer. Schon die ersten Bände sind f. H. an dieser Stelle von einem fadmannischen Mitarbeiter der „Karlsruher Zeitung“ aufs wärmste begrüßt worden. Und dessen Urteil wird heute allgemein geteilt. Der sechste Band, der die Ausgabe abschließt, enthält die Komödien „Fische“, „Scapins Strafe“, „Die Gräfin von Escarbagnas“, „Die gelehrten Frauen“ und „Der eingebildete Kranke“ (beide am hiesigen Landesheater mehrfach aufgeführt), sowie ferner Stücke aus den vermissten Gedichten. E. K.

Faust. Eine Monatschrift für Kunst, Literatur und Musik mit dem „Sammlerkabinett“ (Verlag Erich Reiß, Berlin). — Eine ganz vortreffliche Zeitschrift, die in jedem Teile erlebenden Genuß bietet, von geistiger Tiefe und wissenschaftlicher Genauigkeit, beherrschend und anregend, mit Bildern geschmückt und brillant gedruckt. Ganz besonders erfreulich ist „Das Sammlerkabinett“, das für den Sammler von Büchern, Bildern und Antiquitäten einfach unentbehrlich ist, gleichzeitig aber mit guten Beiträgen positiver Art nützlich zu wirken weiß.

Einmal auch Einsprüche von außen vorliegen. Wenn irgend etwas geeignet ist, diese Wahrscheinlichkeit zu erhöhen, so war es das charakteristische Verhalten der Angeklagten in der ganzen Untersuchung, wo sie sich auch hartnäckig ablehnend verhielten. Für die Schuldfrage ist das jedoch gleichgültig, denn es ist sicher, daß die Angeklagten nach ihrer Persönlichkeit und Begabung wohl geeignet waren, selbständig zu prüfen, ob das, was ihnen von dritter Seite zugemutet wurde, Recht oder Unrecht war, daß sie sich klar sein mußten, daß sie sich eines großen Mordmordes schuldig machten. Wer aus dem Hinterhalt einen friedlich gekleideten Bürger überfällt, wer — mag er auch von politischen Motiven geleitet sein — sich die Befugnis und das Recht anmaßt, einen Menschen, zumal in Gegenwart seiner Tochter und seines Entsetztes, zu töten, der handelt unter allen Umständen ehrlos und ist deshalb auch der bürgerlichen Ehrenrechte verlustig.

Ebert und der Botschafter Margerie.

Der neuernannte französische Botschafter in Berlin, der Margerie, hat dem Reichspräsidenten sein Beglaubigungsschreiben vorgelesen und dabei eine Ansprache gehalten. Auf diese Ansprache hat der Reichspräsident erwidert: Herr Botschafter! Ich habe die Ehre, aus Ihren Händen das Schreiben entgegenzunehmen, mit dem der Präsident der französischen Republik Sie als außerordentlichen Bevollmächtigten Botschafter bei mir beglaubigt. Mit Genugtuung nehme ich die Wünsche entgegen, die Sie Deutschland und mir aussprechen. Seien Sie versichert, daß die Reichsregierung alles tun wird, um Ihre hohe Aufgabe zu erleichtern und jene Stabilität der Verhältnisse herzustellen, die sie mit Recht als das Ziel der Gegenwart bezeichnen. Ihrer Arbeit für Maß und Gerechtigkeit, die Sie ermahnen wird dabei entscheidend mitwirken, und Ihre Worte beruhigen mich, daß Sie aufrichtig bemüht sein werden, an der Beruhigung der Geister mitzuarbeiten, die unseren beiden Völkern so dringend nützt. Indem Sie die Ihnen neuen Verhältnisse und die sich schwerer und schwerer gestaltende Lage des deutschen Volkes unmittelbar auf sich wirken lassen werden, werden Sie Gelegenheiten finden, um Ihrer reichen diplomatischen Erfahrung dem Frieden zu dienen. In der Hoffnung, daß Ihre Arbeit reiche Früchte tragen wird, heiße ich Sie willkommen.

Hieran schloß sich eine Unterhaltung, in deren Verlauf der Botschafter dem Reichspräsidenten auch die Mitglieder der Botschaft vorstellte.

Ehrhards Verhaftung.

Entgegen anderslautenden Nachrichten hat, wie eine Berliner Korrespondenz wissen will, die Verhaftung Kapitänleutnant Ehrhardt in München nach authentischen Mitteilungen sich folgendermaßen zugetragen:

Der Reichsanwaltshof und dem Untersuchungsrichter in Leipzig waren von mehreren Personen Nachrichten zugegangen, daß Ehrhardt in München unter dem Namen eines Konful Eismann in einer bestimmten Wohnung in München wiederholt abgestiegen sei. Darauf begab sich Reichsgerichtsrat Dr. Weg nach München und stellte dort Ermittlungen an. Die Vernehmung der Bewohner des angegebenen Hauses verlief völlig negativ. Ein Konful Eismann war ihnen nicht bekannt. Als letzter Bewohner des Hauses wurde dann ein Dr. v. Schwabe benannt, der in Wirklichkeit niemand anders als Ehrhardt selbst war. Obwohl Reichsgerichtsrat Weg im Besitz einer Photographie Ehrhardts war, erkannte er ihn unter dem Pseudonym Schwabe nicht, da Ehrhardt jetzt einen Schnurrbart und Knebeltrichter trägt. Dr. v. Schwabe, gab bei seiner Vernehmung an, daß ihm ein Konful Eismann völlig unbekannt sei, und als ihm Dr. Weg die Photographie vorlegte, meinte er fälschlich: Diesen Herrn habe ich noch niemals gesehen. Im weiteren Verlauf der Vernehmung stellte sich dann heraus, daß Dr. v. Schwabe seine Papiere verbergen hatte. Er erklärte, er hätte sie im Geschäft liegen lassen, und Reichsgerichtsrat Dr. Weg bestellte ihn für den Nachmittag des nächsten Tages nochmals zu sich, damit er ihm die Papiere vorlege. Tatsächlich erschien Ehrhardt alias Schwabe auch am Nachmittag mit den Papieren. Zufällig war für den gleichen Nachmittag eine Gruppe von Zeugen bestellt, die den Konful Eismann wiederholt beobachtet hatten, ohne zu wissen, daß er mit Ehrhardt identisch sei. Diese Zeugen erklärten nun, als sie Dr. v. Schwabe ansahen, wurden: „Da ist Herr Eismann selbst.“ In diesem Augenblick war das Geheimnis enthüllt und Reichsgerichtsrat Weg wußte, daß Dr. v. Schwabe alias Eismann niemand anders als Ehrhardt war. Ehrhardt wurde sofort verhaftet und von Kriminalbeamten zum Zug gebracht.

Zur Neuwahl des sächsischen Ministerpräsidenten.

Der sächsische Landtag hat, wie schon kurz gemeldet, mit 30 von 94 Stimmen, den bisherigen sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Bud wiedergewählt. Für Bud stimmten die Sozialdemokraten und die Kommunisten. Die Demokraten und Volksparteiler gaben weiße Zettel ab, die Deutschnationalen stimmten für ihren Kandidaten Hoffmann, der 18 Stimmen erhielt; 3 Stimmen verhielten sich auf den Volksparteiler Dr. Kaiser.

Nachdem die Verhandlungen zwischen den Sozialdemokraten und Kommunisten, die auf eine Beteiligung der Kommunisten an der Regierung hingingen, an den maßlosen Forderungen der Kommunisten gescheitert waren, blieb den Sozialdemokraten nichts übrig, als wieder eine sozialdemokratische Minderheitsregierung zu bilden. Daß auch die Kommunisten für den sozialdemokratischen Ministerpräsidenten stimmten, ist auf neue Verhandlungen der Sozialdemokraten mit den Kommunisten zurückzuführen, in denen den Kommunisten Zugeständnisse erheblicher Art gemacht worden zu sein scheinen. Im Abgeordnetenhaus erklärten die Kommunisten allerdings, daß sie gegenüber dem neuen Ministerium sich vollkommene Handlungsfreiheit bewahrt hätten. Sie wollten durch ihre Zustimmung dem Ministerpräsidenten nochmals Gelegenheit geben, eine sozialistische Politik zu machen. Von der Politik der neuen Regierung würden sie ihr weiteres Verhalten abhängig machen. Ministerpräsident Bud wird am kommenden Dienstag sein Regierungsprogramm entwickeln.

Zwist bei den bayer. Geheimbündlern.

Die Welt am Montag läßt sich aus München folgendes melden: In einer vor nicht langer Zeit stattgefundenen geheimen Führerversammlung (Geheimbünde und Nationalsozialisten) hat sich gezeigt, daß die Übereinstimmung bei den verschiedenen Gruppen in bezug auf die vorläufig zu befolgende Politik nicht mehr dieselbe ist, wie vor dem Nationalkongress. Während die radikale Strömung nach wie vor an der gewalttätigen Befreiung der Vaterland von republikanischer Herrschaft als wichtigstem Kampfmittel festhält, sind andere Stimmen laut geworden, die eine solche Politik als verwerflich für die deutsche nationale Bewegung verwerfen. Hierzu kommt der seit langem gärende Zwist dieser Kreise mit dem Freikorps Oberland, der sehr akut wurde seit der Inhaftierung des zu diesem gehören Hauptmanns Köhler, der bekanntlich wegen seiner Gaunertat in der Raubüberfälle auf fremde Autos ins Gefängnis wanderte und von dem bekannt wurde, daß er

die Kommunisten mit großen Geldmitteln versah, offenbar um ihre Bewegung als putschfördernden Faktor lebendig zu erhalten. Die radikalen terroristischen Elemente, die sich um den Nationalsozialisten Hitler in München geschart, und die, wäre Ehrhardt nicht aus München wegtransportiert worden, ohne seine Festnahme dort bekannt wurde, zweifellos den Versuch zu seiner gewalttätigen Befreiung unternommen hätten, fürchten, daß die bayerische Regierung sich nunmehr gezwungen sehen dürfte, die terroristische Hitlerbewegung weniger duldsam anzusehen als bisher. Denn in München erkennt man mit unangenehmen Gefühlen, daß man nicht mehr auf Kosten des verhassten Berlin die Heher wie die Ochsen im Porzellanladen herumtrampeln lassen kann.

Die bayerischen Monarchisten.

Der Korrespondent der „Köf. Ztg.“ in Paris drahtet seinem Blatt u. a. folgendes: „Von glaubwürdiger Seite erfahre ich, daß die bayerischen Monarchisten vor einiger Zeit versuchsweise, am Brüsseler Hof Erkundigungen darüber einzuholen, wie die Wiederherstellung des Königtums in Bayern von den Entente-Mächten aufgenommen würde. Allen Anschein nach sind die Entente-Regierungen von Brüssel aus auf die in München drohende Gefahr aufmerksam gemacht worden. Die Warnungsschritte der Tschechoslowaken und Italiens bei der bayerischen Regierung sind nach diesen Informationen durch die in Brüssel erfolgte Sondierung zu erklären.“

Zum Darmstädter Landfriedensbruch-Prozess.

Der gestrige Verhandlungstag, an dem in die Spezialberatung der einzelnen Anlagefälle eingetreten wurde, brachte eine gewisse Sensation durch die Vernehmung des Zeugen Dingeldey, der u. a. auslegte: Bei den ganzen Vorfällen am 27. Juni während seines Leidensweges habe sich ihm ein Gesicht gezeigt und wunterzerrt besonders eingepreßt, das er tagelang nicht wieder aus dem Gedächtnis verlieren habe. Es war das Gesicht eines Mannes, von dem er die bestimmte Überzeugung hatte, daß er seinen Tod wollte. Dieser Mann habe ihn an der Kehle gepackt und gewürgt und ihn lange Zeit auf dem Wege durch die Straßen von hinten festgehalten und durch Zudrücken des Kragens ihm die Luft abgegesperrt.

Bei einer Gegenüberstellung im Laufe des Dr. Mann habe er mit aller Bestimmtheit in dem Angeklagten Dill diesen Mann wiedererkannt.

Dill gab im großen und ganzen das zu, bestritt jedoch die Absicht irgendwelcher Gewalttat. Er habe sich des Herrn Dingeldey nur bemächtigen wollen, um ihn zu reiten. Das wird jedoch durch eine Reihe anderer Zeugen widerlegt. Der zweite Angeklagte, der Eisenbahnschaffner Gutmann, bestritt ebenfalls, Dingeldey geschlagen zu haben. Von verschiedenen Zeugen wird dies jedoch behauptet. Im übrigen brachte die Zeugenansage nichts wesentlich Neues. Gegen 4 Uhr wird die Verhandlung auf heute vertagt.

Vier Jahre Mord.

„Der Berliner Volkszeitung“ bringt folgenden lesenswerten Hinweis auf J. E. Gumbel, in neuer Auflage erschienenes Buch „Vier Jahre politischer Mord“. Zusammenstellungen, welche sehr interessante Tatsachen enthalten. Es heißt dort: „Vier Jahre Mord drei Jahre Mord, vier Jahre Mord — und noch immer hält dieser Griffel Mord in der Hand J. E. Gumbel (Vier Jahre politischer Mord, fünfte Auflage von 1922) Berlin, 1922, Verlag der Neuen Gesellschaft) nicht ein, noch immer füllt er neue Seiten mit Schilderungen politischer Mordtaten, mit Gegenüberstellungen der von rechts und der von links begangenen Morde und der verhängten beziehungsweise nicht verhängten Strafen. Die in dem Buch mitgeteilten Tatsachen sprechen mit einer Autorität-grauenhaftigen Deutlichkeit. Gumbel hätte es nicht nötig gehabt, noch eine Kritikerleier „Zur Soziologie der politischen Morde“ anzufügen. Er unterläßt darin „Das Werden der deutschen öffentlichen Meinung“, „Bayerische Mordpublik und Kapp-Putsch“, „Die Rechtsnatur der bayerischen Sondergerichte und das Schicksal der Hinterbliebenen“, „Regierungsauftragungen zu den politischen Morden“, „Die Organisation der politischen Morde“ und „Die öffentliche Meinung und die Morde“. Er hätte es nicht nötig gehabt.“

Von 60 Militärs der Kapp-Regierung wurde keiner bestraft. Von 60 Rappisten in der Provinz wurde keiner bestraft. Über 70 Militärs der bayerischen Räteregierung wurden 276 Jahre 6 Monate Einweisung und 2 Erschießungen verhängt. Über 60 Räterepublikaner in der Provinz wurden 204 Jahre 2 Monate Einweisung verhängt. Von den Mitgliedern der Kapp-Regierung wurde einer (Jagow) auf fünf Jahren Festung bestraft. Von den Mitgliedern der Räteregierung wurden 52 mit insgesamt 185 Jahren 2 Monaten Zuchthaus oder Festung bestraft.

Und wo ist noch eine Hoffnung, wenn man diese Liste sieht?!

Gesamtzahl der Morde	Politische Morde begangen	
	von Unstehenden	von Rechtsstehenden
dabon angeführt	22	326
teilweise geführt	4	28
geschlossen	17	—
Zahl der Verurteilungen	38	14
Schändliche Täter freigespr.	—	23
Schändliche Täter hingerichtet	—	3
Dauer d. Einsper. pro Mord	16 Jahre	2 1/2 Monate
Zahl der Hinrichtungen	10	—
Geldstrafe pro Mord	—	2 Papiermark

Kurze polit. Nachrichten.

Die Ministerpräsidenten der Einzelstaaten sind in den Vormittagsstunden in der Reichstanzlei unter dem Vorsitz des Reichstanzlers zusammengetreten, um die begonnenen Besprechungen über die allgemeine Lage fortzusetzen, wobei, wie berichtet, die Erörterung der ernährungs- und wirtschaftspolitischen Probleme im Vordergrund steht. Gleichzeitig dauern die Beratungen mit dem bayerischen Ministerpräsidenten v. Knilling über die zu erzielende Antwort auf die Sühnedeckel der Entente wegen der Vorfälle in Rastatt, Inzell und Stettin noch fort. Zur Stunde ist in dieser Frage eine Entscheidung noch nicht gefallen. Aber den Gang der Besprechungen wird strenges Stillschweigen bewahrt.

Eine Konferenz der Ernährungsminister. Mitte Oktober ging ein Hundertrag des Reichsernährungsministeriums bezüglich der Milchversorgung an die Landesregierungen. Das Reichsernährungsministerium ließ den Landesregierungen möglichst viel Bewegungsfreiheit, weil die Verhältnisse recht vielfältig sind. Auch die Länder ließen ihren lokalen Organisationen entsprechenden Spielraum. Es wurden die verschiedenen Verträge gemacht, um die Milch zu beschaffen. In Preußen haben verschiedene Oberpräsidenten z. B. eine Milchmilkung eingeführt. Die Wirkung war zweifelhaft. In Braunschweig, Lippe und in anderen Ländern wurden von einem

liter. Reich, das verbuttert wurde 17 R. Abgabe erhoben, die der Verbilligung der Milch dienen sollten. Man hat auch Stellenweise ein Verbutterungsverbot probiert und auch das Verbot von Butterauktionen vorgeschlagen.

Das Reichsernährungsministerium wird nun noch vor Weßnachten eine Konferenz der Ernährungsminister der Länder einberufen, die aus den praktischen Erfahrungen Schlusfolgerungen für die Milchversorgung ziehen soll.

Koststandsbeihilfen für Beamte. Die von der Reichsregierung als Kreditbeihilfe an Beamte bereitgestellten Geldmittel zur Beschaffung von Heizmaterial und Wintervorräten ist aufgebraucht, sie hat bei der unausgeseht gestiegenen Teuerung nicht ausgereicht, den zahlreichen Anforderungen zu genügen. Die demokratische Fraktion des Reichstages hat eine kleine Anfrage an die Reichsregierung gerichtet, ob sie bereit ist, zur Abhilfe der großen Notlage baldige weitere Geldmittel bereitzustellen. Die Fraktion hat weiter angefragt, ob die Reichsregierung bereit ist, Koststandsbeihilfen, wie sie durch Verfügung des Preussischen Finanzministers vom 25. August d. J. betreffend „Grundsätze für die Gewährung von Koststandsbeihilfen an unmittelbare Staatsbeamte“ für preussische Beamte eingeführt sind, auch den Reichsbeamten zu gewähren.

Schabenerfah aus Anlaß der Sanktionen. Die Rheinland-Landskommission hat, wie der Verband rheinischer Industrieller erfährt, die Vorlegung der Verordnung des Reichsfinanzministers verlangt, wonach die Schäden, die infolge der wirtschaftlichen Sanktionen entstanden sind, den Geschädigten teilweise ersetzt werden sollen. Es scheint, daß die Rheinlandkommission die Durchführung dieser Verordnung zu verhindern wünscht.

Der Schiedsspruch in der Rheinisch-Westfälischen Eisen- und Maschinenfabrik. Bekanntlich hatten die Geisler und Maschinenfabrik in der Rheinisch-Westfälischen Eisen- und Maschinenfabrik in Duisburg eingeleitete Schlichtungsausschuss hat unter dem Vorsitz eines Vertreters des Reichsarbeitsministeriums den Schiedsspruch gefällt. Dieser Schiedsspruch spricht den Geisler und Maschinenfabrik eine Lohnerhöhung für die erste Dezemberhälfte um 70 Prozent, für die zweite Dezemberhälfte um 100 Prozent auf die Novemberbezüge zu. Die Erklärungsfrist für beide Parteien läuft am Sonntag ab.

Deutsche Kolonisten auf dem Rückzug. Aus Ouzug (Minas Geraes, Brasilien) wird der Deutschen Zeitung von Sao Paulo gemeldet, daß zahlreiche deutsche Bauern, die man in den Kolonien in Nord-Minas angesiedelt habe, sich von dort zurückzogen und zu Fuß den Bahndamm entlang südwärts wanderten. Weil sie sich mit der Landbevölkerung nicht verständlich machen konnten, seien sie allerlei Entbehrungen ausgesetzt. Nach Meinung der Deutschen Zeitung von Sao Paulo werden diese Leute schließlich „Bauern“ sein, obgleich sie sich bei der Vorbereitung um vorzügliche Überfahrt als „Landwirte“ ausgegeben haben. Andererseits hat man aber auch gerade im Staate Minas Geraes den Fehler begangen, Regierungskolonisten in Gebieten anzulegen, wo sich die Flüchtl. „Gute Nacht“ sagen, und die in der Regel minderwertig sind. Die Entfernungen von der Kolonie zu der Wohnstation sind mit wenigen Ausnahmen viel zu groß, und daher der Transport der Reisenden viel zu teuer. Deutsche Auswanderer können daher nicht dringend genug vor der Ansiedlung auf sogenannten Regierungskolonien gewarnt werden, zumal sie dort mit allerlei anderen Nationen zusammengewürfelt zu werden pflegen.

Weitere Ausdehnung des Blisfunktelegraphenverkehrs. Der verkehrswirtschaftliche Blisfunktelegraphenverkehr, der sich steigender Benutzung erfreut, ist neuerdings auf Anregungen aus der Reichspost- und Fernsprechanstalt auf eine Reihe weiterer Orte ausgedehnt worden. Er ist jetzt von und nach folgenden Orten ausgedehnt: Lachen, Barmen, Berlin, Bielefeld, Bochum, Bortrop, Bremen, Breslau, Castrup, Chemnitz, Cleeve, Grefeld, Darmstadt, Dortmund, Dresden, Duisburg, Nord, Duisburg-Süd, Düsseldorf, Elberfeld, Elbing, Erfurt, Essen, Flensburg, Frankfurt (Main), Friedrichshafen, Gelsenkirchen, Goch, Hagen (Westf.), Hamborn, Hamburg, Hannover, Harburg (Elbe), Hattlingen (Ruhr), Herne, Hörde, Horst (Emscher), Kamen, Kiel, Königsberg (Pr.), Köln, Konstantz, Kuppenreuth, Leipzig, Lübeck, Lünen, Müggendorf, Mannheim, Mengede, Mülheim (Ruhr), München, Oberhausen (Mhd.), Reddinghausen, Remscheid, Schwerte (Ruhr), Sterkrade, Stettin, Stuttgart, Trier, Unna, Werden (Ruhr), Wetter (Ruhr), Wiedede-Höfen, Witten.

Neue englische Schiffschiffe. Die englische Regierung beschloß, den sofortigen Bau der beiden neuen Schiffschiffe zu beginnen, die durch die Washingtoner Abmachung gestattet wurden und für welche die Kredite im Budget dieses Jahres bereits angenommen sind.

Badische Übersicht.

Die 2. öffentliche Sitzung des Landtages

Ist vom Präsidenten auf nächsten Mittwoch, 13. d. Mis., anberaumt worden. Es sollen in ihr und den folgenden Sitzungen diejenigen Gesetzesentwürfe zur Beschlußfassung kommen, welche seit der Eröffnung des Landtages, seit 7. November, in den Kommissionen durchberaten worden sind, so u. a. die sog. Polizeigesetze, die Verordnungen über die Getreideumlage, die Vorschüsse des Staates an die Kirche, das Kaligefetz, das Fleisch- und das Hundesteuergefetz, die nachträgliche Genehmigung der Besoldungsordnung, das Stammütergefetz usw. Schwerlich dürften sie in einer einzigen Sitzung erledigt werden können, weshalb auch noch der 14. Dezember als Sitzungstag vorgesehen ist.

Die Notlage der Religionsgemeinschaften

Ist groß. Kaum können die laufenden Gehälter der Geistlichen, nicht aber die Teuerungszulagen ihnen gezahlt werden, welche der Staat und die Städte den Beamten gewähren. Sie haben sich deshalb, wie schon im September d. J., an die Regierung gewandt und gebeten, ihnen die notwendigen Beträge als Vorschüsse zu gewähren. Die erforderlichen Steuerlisten seien von den zuständigen Behörden bis jetzt nicht aufgestellt worden und deshalb wären die Religionsgemeinschaften nicht in der Lage gewesen, Kirchensteuern zu erheben. Verlangt werden vom Landtag 424 260 600 M., und zwar für die protestantische Kirche 224 600 000 M., für die katholische Kirche 187 600 000 M., für die israelitische Landesynagoge 6 984 000 M., für die altkatholische Kirche 4 418 500 M. und für die freireligiöse Landesgemeinde 765 100 M. Auch die anderen Länder, wie Preußen, Sachsen, Hessen hätten eine ähnliche Regelung getroffen. Der Rückersatz der gewährten Beträge bleibt vorbehalten.

Der Berichterstatter Strobel (Soz.) bemerkte, die zu gewährenden Vorschüsse würden nach dem 18. November bald 600 Millionen betragen; es seien Sicherungen für die Rückzahlung der Vorschüsse festzulegen, da auch die später eingehenden Kirchensteuern zur Rückzahlung nicht ausreichen.

Es wurde dann seitens der einzelnen Parteien die Vorlage besprochen, was sowohl am Dienstag wie am Mittwoch längere Zeit in Anspruch nahm. Schließlich einigte man sich auf die folgende Entschließung:

Der Haushaltsausschuss beantragt, der Landtag wolle: 1. der Anforderung im II. Nachtrag zum Staatshaushaltsplan für die Jahre 1922 und 1923 zustimmen, ohne daß eine Rechtsverpflichtung des Staates für diese Vorschüsse anerkannt und ohne daß eine Rechtsverpflichtung zur Gewährung von Dotationen an die Religionsgemeinschaften hieraus abgeleitet werden kann;

2. die Regierung ermächtigen, den Religionsgemeinschaften für das Rechnungsjahr 1922 entsprechend ihrem Bedarf weitere Vorschüsse zu gewähren für die ihren Geistlichen und Beamten nach dem Vorbild der staatlichen Besoldungsregelung zu bewilligenden weiteren Steuerungszuschläge;

3. die Regierung ersuchen: a) dem Landtag rechtzeitig vor Abschluß des Rechnungsjahrs 1922 eine Nachweisung über die Einnahmen der Religionsgemeinschaften aus Landeskirchensteuern und Pfundbeiträgen sowie den Entwurf eines mit den Religionsgemeinschaften zu vereinbarenden Tilgungsplans für die in den Budgetperioden 1920/21 und 1922/23 für den persönlichen Aufwand der Religionsgemeinschaften gewährten Vorschüsse vorzulegen; b) weiter dem Landtag eine Vorlage zu machen über die Maßregeln zur Sicherung der Rückzahlung dieser Vorschüsse sowie zur Deckung des künftigen persönlichen Bedarfs der Religionsgemeinschaften; c) beim Landesfinanzamt Schritte dahin zu unternehmen, daß die Kirchen raschstens in den Besitz der neuesten Steuerlisten kommen.

Bei Abf. 2 und 3b entfielen sich die Sozialdemokraten der Stimme, während 14 Stimmen dafür waren.

Die „Elektrisierung“ der Eisenbahn.

Schon vor dem Kriege bestanden umfangreiche Pläne, um den Dampfbetrieb der Eisenbahnen durch den wesentlich rentableren elektrischen Betrieb zu ersetzen; der Krieg mit seinen Materialmängeln unterbrach die Entwicklung, die jetzt mit aller Energie wieder aufgenommen wird. Über den jetzigen Stand der Elektrifizierung gibt Oberregierungsrat Wehmann in dem soeben erschienenen 2. Band des „Jahrbuches des Deutschen Verkehrsweßens“ eine eindringliche Übersicht: Es sind im Gebiet der deutschen Reichsbahn bisher insgesamt 434,5 Kilometer elektrifizierte Strecken im Betrieb, und weitere 816 Kilometer sind im Ausbau begriffen oder für die Elektrifizierung soweit vorbereitet, daß man hofft, sie 1924 in Betrieb nehmen zu können. Zu den größten Projekten gehört die Elektrifizierung der Berliner Stadt-Ring- und Vorortbahnen, von denen 9 Kilometer (Potsdamer Bahnhof—Groß-Lichterfelde-Ost) bereits seit Jahren elektrisch betrieben werden; weitere 33 Kilometer, nämlich die Strecke vom Stettiner Bahnhof nach Bernau und Hermsdorf sind im Bau. Auf den Hamburger Vorortbahnen sind 27 Kilometer im Betrieb, die 6 Kilometer lange Strecke Ohlsdorf—Poppenbüttel wird ausgebaut; im Bereich der Schlesischen Eisenbahnen sind bereits 180 Kilometer elektrifiziert; weiter sind 83 Kilometer, die Strecken Schlarwisch—Görlich—Baubau und Hirschberg—Schreiberhau—Grünthal im Ausbau begriffen; geplant ist ferner die Elektrifizierung der Strecken Breslau—Königsplatz (49 Kilometer) und Dittersbach—Blas (53 Kilometer). In Mitteldeutschland wird an dem Ausbau zwischen Leipzig, Halle, Magdeburg, Bitterfeld und Dessau gearbeitet; 72 Kilometer werden bereits elektrisch betrieben, weitere 101 Kilometer sollen folgen.

In Baden wird die 49 Kilometer lange Wiesentalbahn (von Basel nach Zell) bereits elektrisch betrieben. In Bayern endlich sollen vor allem die Strecken von München nach Süden (München—Garmisch, Stochel, Bayerischzell, Bad Tölz und Rosenheim) elektrifiziert und später durch das neue Wälchenwerk mit Kraft gespeist werden; vorläufig sind 33 Kilometer im Betrieb, 137 Kilometer im Bau und 136 Kilometer in Vorbereitung; weiter sollen die Strecken München—Rosenheim—Aufseß, Salzburg, Reichenhall, Berchtesgaden (insgesamt 222 Kilometer, davon 41 Kilometer im Betrieb), München—Regensburg (139 Kilometer) elektrisch ausgebaut werden; die 17 Kilo-

meter lange Strecke Schellenberg—Berchtesgaden—Königssee ist bereits elektrifiziert.

Zunächst wird das Fahrpersonal dem Dampflokpersonal entnommen; später, wenn der elektrische Betrieb größeren Umfang angenommen hat, soll Sonderpersonal ausgebildet werden. Die neugebauten und im Bau begriffenen Lokomotiven enthalten mindestens die Leistungsfähigkeit der schweren Dampflokomotiven; so befördern die neuen elektrischen Lokomotiven auf den Schlesischen Gebirgsbahnen Güterzüge von 1200 Tonnen Anhängelast, wofür bisher zwei Dampflokomotiven nötig waren. Für die bereits in Betrieb befindlichen und die oben erwähnten neuen Strecken sollen zunächst 37 Flachland-Güterzuglokomotiven, 30 Gebirgs-Güterzuglokomotiven, 35 schwere Personenzuglokomotiven, 19 Bahnpersonenzuglokomotiven, 5 Flachland-Schnellzuglokomotiven und 10 Gebirgs-Schnellzuglokomotiven beschafft werden.

Aus der Landeshauptstadt.

Landestheater. In der heute, Donnerstag, stattfindenden Wiederholung von Mohrs „Improvisationen im Juni“ wird Herr Felix Baumbach nochmals die Rolle des Improvisator Poppe spielen, die er in der vergangenen Vorstellung für den erkrankten Herrn Herz übernommen hatte.

Die wegen Erkrankung des Herrn Bilken verschobene Neueinstudierung des Lustspiels von Hans Pfitzner „Der arme Heinrich“ findet nun Dienstag, den 12. Dezember statt. Die Titelpartie singt Willy Bilken, in den anderen Partien sind die Damen Brügemann und Siebert, sowie die Herren Wiltner und Werth besetzt. Die musikalische Leitung hat Operndirektor Cortolegis, inszeniert wird das Werk vom Intendanten. — Anlässlich dieser Neueinstudierung findet am Sonntag, den 10. d. M., 11½ Uhr vormittags, eine von der hiesigen Theatergemeinde des V.M.V. veranstaltete Hans Pfitzner-Morgensfeier statt, in der Herr Dr. Wilhelm Bentner, der bekanntlich aus Karlsruhe gebürtige Schriftsteller, einen Vortrag über Hans Pfitzner halten wird. Zu Beginn und am Schluss singen Frau Kammerfängerin Jacema-Brügemann und Herr Weirauch Pfitznerlieder. Am Fingel Operndirektor Cortolegis.

Kommunalpolit. Rundschau.

Das Wohnungsproblem.

Aus Erfurt wird uns geschrieben:

Die Unmöglichkeit, die für die Unterbringung der Wohnungsuchenden benötigten Wohnungen in Neubauten zu beschaffen, hat in fast allen Städten zur Durchführung von Zwangsquartierungen geführt. Daß hierdurch die Wohnungsfrage nicht gelöst werden kann, ist eine allgemein anerkannte Tatsache. Trotzdem glaubt ein ministerieller Erlass die Wohnungsämter erneut darauf hinzuweisen zu müssen, daß mit Rücksicht auf die vollkommen darniederliegende Wohnungsbaufähigkeit versucht werden muß, die Wohnungsrationierung weiter durchzuführen.

Um eine Übersicht zu gewinnen, inwieweit die verschiedenen Städte bisher auf diese Weise Wohngelegenheiten geschaffen haben, hat der Deutsche Städtetag im April 1922 eine Erhebung angestellt und die durch Beschlagnahme entbehrlich gemachten Wohnquartiere, soweit sie als Nebenwohnungen dem allgemeinen Wohnungsmarkt zugeführt worden sind, ermittelt, wobei zwischen Nebenwohnungen und möblierten Nebenwohnungen für Familien (mit eigener Kochvorrichtung oder Küchenbenutzung) unterschieden ist. Diese Ermittlungen ergeben, daß in Erfurt in den Jahren 1918 bis 1921 von der zuerst genannten Art 1863, von letzteren 1056, zusammen 2919 Nebenwohnungen dem Wohnungsmarkt zugeführt worden sind. Da in Erfurt von den 32 677 vorhandenen Wohnungen 5515 Wohnungen mehr als 4 Zimmer und Küche enthalten und im allgemeinen nur diese als Großwohnung gezählt werden können, für die Rationierung in Frage kommen, so ergibt sich, daß auf 100 Großwohnungen 33,78 Nebenwohnungen und 19,15 möblierte Nebenwohnungen entfallen, zusammen also 52,93 Prozent der Großwohnungen für die Beschaffung von Nebenwohnungen rationiert worden sind. Unter den 36 die Umfrage umfassenden Großstädten nimmt Erfurt in bezug auf die geschaffenen Nebenwohnungen die erste, hinsichtlich der möblierten Nebenwohnungen die dritte und in der Gesamtzahl die zweite Stelle ein.

In den anderen beiden Großstädten der Provinz Sachsen liegen die Verhältnisse wesentlich ungünstiger. Magdeburg hat bei 11 214 Großwohnungen in dem gleichen Zeitraum nur 694 Nebenwohnungen = 6,19 Prozent dem Wohnungsmarkt

zugeführt; Angaben über möblierte Nebenwohnungen fehlen. Halle weist 7760 Großwohnungen auf; dort sind 1425 = 18,38 Prozent Nebenwohnungen und 976 = 12,58 Prozent möblierte Nebenwohnungen, zusammen 2401 = 30,94 Prozent Nebenwohnungen gezählt.

Da Erfurt in den angegebenen Jahren in bezug auf die Wohnungsneubauaktivität gemäß den vom Statistischen Amt bereits früher veröffentlichten Unterlagen ebenfalls mit an der Spitze steht, so ergibt sich die Tatsache, daß Erfurt die Pflicht der Wohnungsbeschaffung weitgehend erfüllt hat. Trotzdem steht die Zahl der Wohnungsuchenden im Verhältnis der Einwohnerzahl keiner anderen Stadt nach, weil Erfurt als zentral gelegene Stadt mit vielen Behörden und guter industrieller Entwicklung einen erheblichen Zustrom erhalten hat. Die Aussichten für die Unterbringung der Wohnungsuchenden sind daher nicht günstig.

In der Zeit vom 1. April bis 31. September sind vom Wohnungsamt 540 Wohnungen vergeben worden, worin 206 kleine Wohnungen mit 1 bis 2 Räumen und im übrigen 162 mit 3 Räumen, 117 mit 4, 38 mit 5 und 17 mit mehr als 5 Räumen enthalten sind. Diese Wohnungen sind 298 Arbeitern, 109 Angestellten, 71 Beamten und 62 Gewerbetreibenden bezw. Vertretern freier Berufe zugewiesen worden. Wenn die Zahl der zur Vergabe kommenden Wohnungen entsprechend derjenigen im letzten Halbjahr gleichbleibt, so werden acht Jahre vergehen, bis die gemeldeten Wohnungsuchenden befriedigt werden können, wobei die Unterbringung um so schwieriger wird, je größer die beanspruchte Wohnung an Raumzahl ist.

Literarische Neuerscheinungen.

Abriß der Bürgerkunde und Volkswirtschaftslehre von Hans Belschuldirektor Dr. Paul Eckardt. 6. Auflage (V. G. Teubner Leipzig). — Das Büchlein ist für jeden ein kurzer, zuverlässiger und vielfeltiger Wegweiser durch das schwierige Gebiet des ökonomischen und wirtschaftlichen Lebens.

Abriß der Kriminal-Telepathie und Metaphysik. Telepathie und Hellsehen im Dienste der Kriminaljustiz. (Verlag Max Altmann, Leipzig). — Nach den mannigfachen Neuerscheinungen auf dem Gebiete der Literatur des Übernatürlichen mußte auch einmal dieses Buch geschrieben werden. Denn es kommt einem Bedürfnis entgegen. Aber nicht nur der Fachmann wird es mit Nutzen und Anteilnahme lesen, sondern auch der interessierte Laie wird es gerne zur Hand nehmen. Der Verfasser ist Regierungsrat der Wiener Polizeidirektion und somit fachmännisch hinreichend legitimiert.

Der erfolgreiche Kaufmann. Ein Ratgeber und Begleiter für junge Kaufleute. Von O. S. Warden (Verlag Julius Hoffmann, Stuttgart). — Unter den vielen Büchern, die in neuerer Zeit über die Handelswissenschaft und die Kunst des Verkaufens geschrieben worden sind, steht dieses Buch sicherlich obenan und kommt in einer Zeit, die völlig unter dem Zeichen des wirtschaftlichen Wettbewerbs steht, einem in dem weitesten Kreise gefühlten Bedürfnis entgegen.

Hans Wiltcher (Joachim Ringelnah): Die Woge. Marine-Kriegsgeheimnisse. (Albert Langen, München). — Dieses Buch des unter dem Pseudonym Joachim Ringelnah weitbekannt gewordenen Autors wird trotz aller Abneigung, die heute gegen Kriegsgeheimnisse herrscht, mit Freude begrüßt und dankbar gelesen werden. Denn was Hans Wiltcher in seinen zwölf Bänden erzählt, ist mit edelstem Dichtersinn erstens Wirklichkeit und fern von dem sentimentalischen Kitch, der in der sogenannten Kriegsliteratur gang und gäbe war.

Senff-Georgi, Das lustige Vortragsbuch. (330 Seiten, Max Hesses Verlag, Berlin W. 15.) — Vom 1. Band wurden innerhalb eines Jahres 50 000 Expl. verkauft. Dieser 2. Band enthält etwa 170 Beiträge von 90 Schriftstellern. Die Stimmung ist immer die gleiche: alles bezwingende Fröhlichkeit. Wer sich einige Stunden heiteren Gemüts verschaffen oder wer in Gesellschaft etwas vortragen will, der greife nach dieser erprobten Fundgrube deutschen Humors und deutscher Fröhlichkeit, die sich infolge ihrer gebieterischen Ausstrahlung auch als Weihnachtsgeschenk eignet.

Schaikowsky-Hefte. (Musik für Alle Nr. 183/184, Verlag Ullstein, Berlin.) — Die Sammlung hat, um von dem weiten Wirken des russischen Komponisten einen umfassenden Überblick zu geben, ihm die beiden neuesten Hefte ihrer Sammlung gewidmet und bietet auf diese Art charakteristische Bruchstücke seiner Sinfonien, mehrere Pieder, Klaviermusik und vor allem Dingen Auszüge aus seiner Oper „Eugen Onegin“ und dem Ballet „Der Ruffnader“.

SCHÖNE UND PRAKTISCHE WEIHNACHTSGESCHENKE SIND ECHTE OFFENBACHER LEDERWAREN



OFFENBACHER LEDERWAREN VERTRIEB
KARLSRUHE NUR KAISERSTR. 203 I. ETAGE.

Morgen, Freitag, 8. Dez. 7½ Uhr, Eintracht
Borovsky - Klavier-Rhond
Karten bei Neufeldt.

Möbliertes Zimmer sucht Abgeordneter
möglichst in Nähe des Landtages und Bahnhofes gelegen. Offerten mit Preisangabe an den Hausmeister des Landtages erbeten.
B.43.2.1

Verschiedene
Bekanntmachungen.
Jagd-Verpachtung.
Das staatliche Forstamt Baden-Baden verpachtet in öffentlicher Versteigerung

Rose auf weitere 6 Jahre vom 1. Februar 1923 bis 31. Januar 1929. Nähere Auskunft durch das staatliche Forstamt in Baden-Baden, Schloßplatzstr. 2, Telefon Nr. 1005. O.117

Jagd-Verpachtung.
Das Forstamt Reutstadt i. Schwarzwald verpachtet am Donnerstag, den 21. Dezember 1922, nachmittags 3 Uhr, im Rathaus zu Reutstadt das Recht der Jagdausübung in den Domänenwäldern beim Büttelhof, Fürstl. Ganjelschhof, Rodrütte u. Ninken (Gemarkung Hintergarten) mit 582 Hektar vom 1. Februar 1923 an auf 9 Jahre. Nachbedingungen liegen auf dem Forstamt auf.

Geschenk-Literatur

Güldenbüchlein. Von Eduard Weße. Neu herausgegeben von Gustav Mayer. I. Band: Der bayerische Hof. II. Band: Der württembergische und badische Hof. III. Band: Der hessische Hof. Jeder Band in geschmackvollen Papptänden gebunden. Grundpreis M. 2.50.

Das Buch der Erziehung. Die Erziehung im schulpflichtigen Alter nach der Grundschule. Herausgegeben unter Mitwirkung zahlreicher Schulleiter und Erzieher von Dr. Max Epstein. 585 Seiten. Grundpreis brosch. M. 8.—, geb. M. 10.—.

Deutsches Lesebuch für die höheren Schulen. Herausgegeben unter Mitarbeit von Christian Caselmann und Dr. Hermann Ruppel von Prof. Dr. Ernst Wender, Karlsruhe i. A. Wiltschmid von Prof. Ernst Württemberg. Drei Bände je für drei Jahrgänge, dazu ein Heft für die Hand des Lehrers. Jeder Band erscheint in zwei Ausgaben: Ausgabe A (Klasse), Ausgabe B (mit Gedichtanhang), außerdem wird der Gedichtanhang getrennt abgegeben. Zunächst liegt Band I in beiden Ausgaben vor. Ausgabe A M. 5.88.—, Ausgabe B M. 6.30.—. Das Werk stellt als eine sorgfältig und mit Liebe gesichtete Sammlung der besten Erzählungen und Gedichten, Märchen und Sagen neben der Verwendung in Schulen auch ein sehr gutes und billiges Weihnachtsgeschenk dar.

Wissen und Wirken. Einzelschriften zu den Grundfragen des Erkennens und Schaffens. Herausgeber: Prof. A. Riffner und Privatdozent Dr. E. Angerer. — I. Entwicklungszüge in der geistigen Kultur. Von Dr. E. Erpf in Forzheim. — II. Reifebildung. Von Dr. A. Boehm in Karlsruhe. — III. Die geschichtlichen Grundlagen des Sozialismus. Von Dr. E. Kraus in Heidelberg. — IV. Die geographischen Grundlagen des deutschen Volkstums. Von Prof. Dr. H. Krebs, Freiburg. — V. Oper und Drama. Von Dr. Max Steidel, Karlsruhe. Jedes Bändchen M. 1.— Grundpreis.

Die angegebenen Grundpreise sind mit der vom Börsenverein der deutschen Buchhändler von Zeit zu Zeit veröffentlichten Steuerungsliste — Anfang Dezember 1922 400 — zu veranschlagen, um den heutigen Papiermarktpreis zu ergeben.

G. Braun, Verlag, Karlsruhe i. B., Karlsriedrichstr. 14.